

## **Digitale Transformation von Schule als Handlungsfeld der Landespolitik**

*Referent: Prof. Dr. Andreas Breiter – Professor für Angewandte Informatik an der Universität Bremen & wissenschaftlicher Direktor, Ifib reseach*

*Kommentator: Dr. Götz Bieber – Direktor des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)*

Im Folgenden sollen in Kurzform die wichtigsten Erkenntnisse bzw. Diskussionspunkte aus der Sitzung dargestellt werden:

1. In Fragen der Digitalisierung von Schulen haben wir es seit dem DigitalPakt Schule mit einer komplexen Governance-Struktur über die vier Ebenen Bund – Länder – Kommunen – Schulen zu tun. Diese Governance erweist sich sowohl in der Struktur als auch in den Prozessen in wesentlichen Teilen als dysfunktional, d.h. nicht sinnvoll aufeinander abgestimmt. Andreas Breiter verdeutlicht dies anhand des sog. Müll-containermodells (*carbage can model*), bei dem der anfallende Müll nicht nach funktionalen Regeln in unterschiedlichen Containern gesammelt wird, sondern je nachdem welcher Container gerade geöffnet ist. Kennzeichnend ist, dass es (1.) keine präzisen Zielvorgaben gibt, die (2.) Technologie/Mittel zur Zielerreichung unklar definiert sind und (3.) eine hohe Fluktuation unter den Mitgliedern besteht.
2. Die Landespolitik zur digitalen Transformation der Schulen steht in einem Spagat aus Pädagogik und digitaler Landesinfrastruktur. (Digitale) Medien sind Infrastrukturen und Erfahrungsgüter zugleich; daher kann man nicht mehr klar zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten bzw. Pädagogik und Infrastrukturausstattung trennen. Entscheidend ist, dass es auf die sinnhafte (pädagogische) schulische Nutzung digitaler Medien ankommt, und diese lässt sich nur schwer auf einer übergeordneten Ebene planen und steuern.
3. Die traditionelle Aufgabenverteilung zwischen Ländern und Kommunen funktioniert bei der Digitalisierung nicht mehr. Bei mangelnder Koordination – wie gegenwärtig – können wir zwei Effekte beobachten: Auf der einen Seite übernehmen die Länder Ausstattungs- und Infrastrukturaufgaben, also originäre Aufgaben der Kommunen als Schulträger, z.B. bei der Entwicklung von Lernplattformen. Andererseits erweitern die Kommunen ihre Aufgabenbereiche auch auf pädagogische Angebote („erweiterte Schulträgerschaft“), wenn sie etwa mit den vorgesehenen Landeslösungen (Landes-Clouds, Lernplattformen etc.) nicht zufrieden sind. Es gibt in den Kommunen ganz unterschiedliche Strategien, beispielsweise bei Lernplattformen. Vereinfachend sind drei Modelle zu beobachten: (1.) Man macht es selbst, (2.) man übernimmt etwas Bestehendes (insb. Landeslösungen) oder (3.) man kauft sich etwas ein.
4. Wir blicken vor diesem Hintergrund auf ein „buntes Feld“ der Digitalisierung in den Ländern und Kommunen; mit diesem müssen wir umgehen. Breiter zeigt dabei zwei mögliche Wege aus der Dysfunktionalität auf:
  - a. Das erste, als „sortenrein“ bezeichnete Modell basiert auf einer ‚Rückbesinnung‘ auf die ursprüngliche Aufgabenteilung. Die Länder halten sich aus der Infrastruktur raus („Finger weg von der Technik“) und konzentrieren sich auf die Pädagogik, d.h. sie entwickeln Landeskonzepte für die

Medienbildung an Schulen, bilden die Lehrkräfte aus/fort und geben den Schulen eigene „IT-Budgets“ zur eigenen Verwaltung.

- b. Das zweite Modell („Netzwerk-Modell“) geht von der bestehenden Situation aus, dass die Länder auch Infrastruktur zur Verfügung stellen und sich damit technische und pädagogische Aufgaben auf den unterschiedlichen Ebenen vermengen. Dann kommt es entscheidend darauf an, dass die Landeskonzepte klare Zuständigkeiten und Vorgaben festlegen (z.B. welche Dienste sollen für alle Schulträger/Schulen verbindlich sein? Wo soll es die Möglichkeit für eigene Lösungen geben?), aber auch für eine verlässliche Servicestruktur sorgen. Entscheidend ist bei diesem Vorgehen eine gute Koordination, die hauptsächlich von den Landesschulinstituten geleistet werden sollte.
5. Götz Bieber weist in seinem Kommentar darauf hin, dass Veränderungsprozesse im System Schule erfahrungsgemäß aufwendig und langwierig sind. Daher braucht es einen ‚langen Atem‘ für eine nachhaltige Schulentwicklung. Die Digitalisierung von Schule ist Teil eines gesellschaftlichen Veränderungsprozesses und eine Daueraufgabe. Grundlegend ist die Frage, welche digitalen Kompetenzen in unserer heutigen Gesellschaft erreicht werden sollen. Darauf aufbauend muss entschieden werden, wie diese in der Schule pädagogisch und didaktisch am besten vermittelt werden können. Die technische Infrastruktur ist dann eine notwendige Voraussetzung, muss sich aber v.a. an den pädagogisch-didaktischen Prozessen ausrichten. Infrastruktur und inhaltliche Anforderungen müssen kontinuierlich in wechselseitiger Beziehung (weiter-)entwickelt werden.
  6. Die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ benennt für diesen Prozess sechs konkrete Handlungsfelder, die nun ergänzt werden sollen. So müssen sich beispielsweise Lehr- und Lernprozesse grundlegend verändern, z.B. mit Blick auf kollaboratives Lernen der Schüler:innen, bis hin zur Prüfungsformen und -kultur. Qualifizierung (Aus-, Fort- und Weiterbildung) muss sich auf kooperativ arbeitende multiprofessionelle Teams beziehen, die an vielen Schulen noch nicht in der notwendigen Form etabliert sind. Rechtliche und funktionale Rahmenbedingungen, etwa zum Datenschutz, müssen angepasst, aktualisiert und erweitert werden. Dies sind nur einige der Herausforderungen in den Handlungsfeldern.
  7. Die prozesshafte Entwicklung in den genannten Handlungsfeldern, z.B. bei der Kompetenzentwicklung der Lehrkräfte, macht eine intensive Koordination und Kooperation der Akteure erforderlich. Dafür bräuchte es eigentlich eine klare Steuerungsstruktur, die es jedoch momentan nicht gibt. Götz Bieber nennt als ein positives Beispiel die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, die bis 2007 Bund und Länder in einer kooperativen Arbeitsstruktur zusammengebracht hat. Vergleichbare Formen der länderübergreifenden Zusammenarbeit seien heute für die schulische Digitalisierung dringend erforderlich.
  8. Nach Götz Bieber braucht es:
    - a. die Schaffung und Weiterentwicklung zielgerichteter Kooperationsstrukturen auf den verschiedenen Ebenen,
    - b. ein zentrales Steuerungsgremium als strategisches Dach, um die notwendigen Prozesse zu initiieren und zu begleiten.